

II-10014 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr 4984 13

1990 -02- 0 6

A N F R A G E

der Abgeordneten Wabl und Freunde

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

betreffend "naturschutzfreundliche" Haltung der österreichischen Bundesforste am Beispiel der Erweiterungsvorhaben der Sonnwendjoch-Bergbahnen-AG in Kramsach/Tirol

Die österreichischen Bundesforste versuchen, an einem natur- und umweltfreundlichen Image zu arbeiten. Doch in etlichen Einzelfällen ist feststellbar, daß von seiten der "Lokalgrößen" der Bundesforste keinerlei Einwände gegen Forststraßen, Liftprojekte oder ähnliche Projekte vorgebracht werden, wiewohl solche Vorhaben zum Teil massive forstliche Schäden verursachen. Ein besonders anschauliches Beispiel dafür liefert die Forstverwaltung Kramsach im Zusammenhang mit der geplanten weiteren Erschließung des Rofangebirges.

Die Sonnwendjoch-Bergbahnen-AG (unter einem neuen Besitzer) planen die Neuerrichtung von vier Liften, die Ausweitung eines Liftes, den Bau eines Forstweges, die Verbreiterung einer Forststraße sowie die Errichtung von Parkplätzen und Restaurants.

Aus einer Stellungnahme der Forstverwaltung Kramsach vom 19.9.1989 ist zu entnehmen, daß sich die Forstverwaltung uneingeschränkt für diese Projekte ausspricht, obwohl sie in diesem Schreiben wörtlich von "massiven forstlichen Schäden" durch diese Neuerschließungen spricht. Das ist ungeheuerlich.

Deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Werden Sie die österreichischen Bundesforste beauftragen, zur Frage der geplanten weiteren Erschließung des Rofangebirges in Kramsach umgehend eine offizielle Stellungnahme abzugeben?
2. Werden Sie diese Stellungnahme auch den Fragestellern übermitteln?
3. Warum liegen von Ihnen keine Weisungen an die Bundesforste vor, bei geplanten Forststraßen- und Liftprojekten die Erhaltung des Waldes und seiner Funktionen absolute Priorität einzuräumen?
4. Werden Sie in diesem konkreten Fall den Bundesforsten Weisung erteilen, sich gegen das Projekt auszusprechen und danach zu handeln.

Wenn nein, warum nicht?